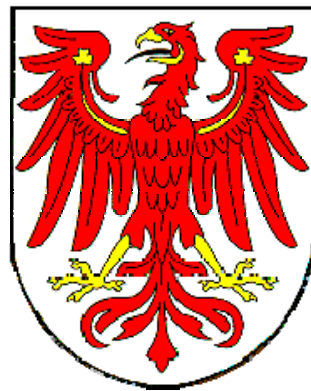


VERSORGUNGSBRIEF

ÄVLB



Ausgabe 15

Ärzteversorgung Land Brandenburg

Cottbus

Inhalt

	Seite
Vorwort – Dr. R. Musikowski –	4
Auf ein Wort – Dr. K. Freier –	5
Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im 14. Geschäftsjahr – V. Färber –	7
Auszug aus dem Geschäftsbericht 2005 – Dr. R. Musikowski –	10
Die Ergebnisse der Wahlen zur 4. Legislaturperiode – P. Hartmann –	17
Sind die berufsständischen Versorgungswerke gefährdet? – Dr. H. Müller –	18

Vorwort

– Dr. med. Reiner Musikowski, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses –

Sehr verehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

wie in jedem Jahr möchten wir Ihnen, den Mitgliedern unseres Versorgungswerkes, über die Entwicklung der Kapitalanlage berichten, die von den Organen der Ärzteversorgung für Sie treuhändisch verwaltet wird. Das erfolgreiche Geschäftsjahr 2005 knüpft nahtlos an die dreizehn vorher bestehenden Geschäftsjahre seit Gründung der Ärzteversorgung Land Brandenburg an. Auch für das Jahr 2006 rechnen wir nach den bisher bekannten Zahlen mit einem positiven Ergebnis. Seit Bestehen der Ärzteversorgung ist kein Jahr vergangen, ohne dass Rentenanwartschaften und bestehende Renten dynamisiert werden konnten, eine Feststellung, die auf die gesetzliche Rentenversicherung seit langem nicht mehr zutrifft. Das Desaster in der Gesetzlichen Rentenversicherung, verschuldet durch politische Ignoranz demographischer Veränderungen bei gleichzeitig über Jahrzehnte anhaltender hoher Arbeitslosigkeit und politischem Wunschdenken, ist jedem offenbar. Auf der anderen Seite ist das Erfolgsrezept der berufsständischen Versorgungswerke in Deutschland unbestritten. Dieses Erfolgsrezept basiert im Wesentlichen auf der Kapitaldeckung der Versorgungsansprüche unserer Mitglieder, dem Selbstverwaltungsprinzip und darauf, dass es der Gemeinschaft der Versorgungswerke bisher gelungen ist, die Politik mit ihren Begehrlichkeiten und unrealistischen Wünschen von unserem Kapital fernzuhalten. Zu diesem Punkt nimmt Herr Dr. Müller in einem gesonderten Artikel dieses Versorgungsbriefes noch Stellung.

Am 31. Dezember 2006 endet die 3. Legislaturperiode der Ausschüsse des Versorgungswerkes. Fast alle Ausschussmitglieder sind seit 1992 in dieser Verantwortung ehrenamtlich tätig gewesen. Mit den Neuwahlen am 18. November 2006 fand eine völlige Neubesetzung des Verwaltungsausschusses statt und im Aufsichtsausschuss verblieben lediglich zwei erfahrene Mitglieder von insgesamt zehn Mitgliedern.

Im Namen der ausscheidenden Ausschussmitglieder möchte ich mich bei allen Mitgliedern der Ärzteversorgung Land Brandenburg für das von Ihnen entgegengebrachte Vertrauen in den vergangenen Jahren bedanken.

Den neuen Ausschüssen wünsche ich Erfolg in der Fortsetzung unserer Arbeit.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. med. Reiner Musikowski,
Vorsitzender des Verwaltungsausschusses

Auf ein Wort

– Dr. med. K. Freier, Vorsitzender des Aufsichtsausschusses –

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum letzten Mal darf ich Sie in der 15. Ausgabe unseres Versorgungsbriefes über das abgelaufene Geschäftsjahr 2005 informieren.

Obwohl der Abschluss des Geschäftsjahres schon weit zurückliegt, erfolgte die Entlastung des Aufsichtsausschusses und des Verwaltungsausschusses der Ärzteversorgung Land Brandenburg wie in jedem Jahr bei der Kammerversammlung im September 2006. Hier wurden der Verwaltungsausschuss und der Aufsichtsausschuss von den Mitgliedern der Kammerversammlung nach Vortrag und Bekanntgabe der Ergebnisse entlastet.

Seit Bestehen des Versorgungswerkes konnten kontinuierlich die laufenden Renten und die Rentenbemessungsgrundlage angehoben werden. Lediglich im Geschäftsjahr 2000 musste eine Nullrunde eingeführt werden, weil erstmalig die Richttafeln von Heubeck mit der deutlich besseren Lebenserwartung auch der Ärzte erhöhte Deckungsrückstellungen erforderlich machten. In allen anderen Jahren wurde die Erhöhungen von Renten und Rentenbemessungsgrundlagen realisiert. Dadurch wird der Wert unseres Versorgungswerkes im Verlauf der letzten 15 Jahre sichtbar, insbesondere auch im Vergleich mit den erforderlichen Nullrunden der letzten und kommenden Jahre bei der gesetzlichen Rentenversicherung.

Für diese erfolgreiche Arbeit danke ich allen Mitarbeitern der Geschäftsstelle der Ärzteversorgung im Land Brandenburg sowie allen Verwaltungsausschuss- und Aufsichtsausschussmitgliedern und der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe, die uns in all den Jahren, insbesondere in der Gründungsphase, aber auch kontinuierlich bis zuletzt, hilfreich zur Seite gestanden haben.

An dieser Stelle möchte ich nochmals insbesondere dem langjährigen Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses, Herrn Dr. Müller, für seine engagierte Arbeit danken. Ein besonderer Dank gilt auch Herrn Dr. jur. Saam, der als langjähriges Mitglied des Verwaltungsausschusses mit Befähigung zum Richteramt gewirkt, bei der anstehenden Neuberufung nach Vorschlag des Aufsichtsausschusses jedoch seine Kandidatur zurückgezogen hat, weil der Vorstand der Ärztekammer unter keinen Umständen aus welchen Gründen auch immer bereit war, diesem Vorschlag nachzukommen.

Warum nun dieser Nachruf?

Im Jahre 2006 wurden von der Politik im Land Brandenburg entschieden, ein neues Heilberufsgesetz zu erarbeiten und zu beschließen, welches unter vielen anderen Veränderungen auch neue Regelungen bei der Ärzteversorgung erforderlich machte. So wurde u. a. eine strikte Trennung des Vermögens von Ärztekammer und Ärzteversorgung notwendig, um Möglichkeiten des Durchgriffs auf das Vermögen der Ärzteversorgung durch Forderungen an die Kammer zu verhindern. Im gleichen Zusammenhang wurde eine sogenannte Teilrechts-

fähigkeit empfohlen, um im Falle eines Rechtsstreits eines Mitglieds der Ärzteversorgung und der Ärzteversorgung selbst die Vertretung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses wahrnehmen zu lassen. Die Vertretung nach außen erfolgte bisher durch den Präsidenten der Ärztekammer. Diese Regelungen wurden nach ausführlichen Erörterungen im Verwaltungs- und Aufsichtsausschuss auch in gemeinsamen Sitzungen mit den Vertretern des Gesundheits- und Wirtschaftsministeriums des Landes Brandenburg diskutiert. Ausschlaggebend für diese notwendigen Änderungen waren u. a. umfängliche Gutachten, in denen alle Möglichkeiten und Folgen einer Trennung des Vermögens sowie die Einführung der Teilrechtsfähigkeit erörtert wurden. Die Organe der Ärzteversorgung Land Brandenburg haben sich schließlich den in den Gutachten vorgeschlagenen Anregungen angeschlossen und dies auch gegenüber dem Vorstand der Kammer und der Kammerversammlung zum Ausdruck gebracht. Dieses führte zu erheblichen berufspolitischen Irritationen. Der Ärzteversorgung Land Brandenburg wurde durch den Vorstand und der Kammerversammlung vorgeworfen, eine Trennung von der Kammer anzustreben. Trotz ausführlicher Informationen, dass nach wie vor die Kammerversammlung der Landesärztekammer Brandenburg das höchste Organ also auch der Ärzteversorgung Land Brandenburg übergeordnet sein soll, konnten die Mitglieder der Kammerversammlung nicht überzeugt werden.

In einer emotional geführten Diskussion während der außerordentlichen Kammerversammlung am 8. März 2006 wurden Beschlüsse gefasst, um die Gesetzesvorschläge der Landesregierung zu verhindern. Letztendlich erfolgte die Verabschiedung des Heilberufsgesetzes mit den oben angeführten Veränderungen und sogar noch weitergehenden Maßnahmen.

Am 18.11.2006 waren infolge des Ablaufes der Legislaturperiode beider Ausschüsse Neuwahlen durch die Kammerversammlung notwendig.

Aus dem bisherigen Verwaltungsausschuss hatten sich drei Mitglieder für eine weitere Kandidatur entschieden, konnten sich jedoch bei der Wahl nicht durchsetzen, so dass der Verwaltungsausschuss komplett ausgetauscht wurde. Ebenso fielen die Kandidaten des Aufsichtsausschusses durch. Es wurden nur zwei ehemalige Mitglieder in den neuen Aufsichtsausschuss gewählt. Die Kammerversammlung hat damit den bisherigen Mitgliedern der Ausschüsse ihr Vertrauen trotz der guten Ergebnisse der letzten 15 Jahre entzogen. Dieses ist ausschließlich als Folge einer berufspolitischen Kontroverse zu werten. Damit müssen wir leben.

Ich wünsche dem Versorgungswerk und seinen neuen Ausschussmitgliedern viel Erfolg bei der Verwaltung und Anlage des Vermögens, welches ausschließlich zur Sicherung ihrer Mitglieder bei Berufsunfähigkeit und im Alter dienen soll.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. med. Klaus Freier,
Vorsitzender des Aufsichtsausschusses

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im 14. Geschäftsjahr

– V. Färber, Mitglied des Verwaltungsausschusses –

Der folgende Beitrag bezieht sich auf das 14. Geschäftsjahr der Ärzteversorgung Land Brandenburg und damit auf das Kalenderjahr 2005. Der Bericht ist Inhalt des Geschäftsberichts 2005 der Ärzteversorgung Land Brandenburg.

Konjunktur / Geldwert / Arbeitsmarkt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland stieg im Jahr 2005 lediglich um knapp 1,0 % gegenüber noch 1,6 % im Vorjahr. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, dass in 2005 weniger Arbeitstage als im Jahr davor zur Verfügung standen. Der negative Abstand zum durchschnittlichen BIP von 1,4 % aller Länder im Euro-Währungsraum hat sich indessen spürbar verringert.

Nach dem überaus positiven Jahr 2004 setzte sich das Wachstum der Weltwirtschaft in 2005 mit 3,2 % weiter kräftig fort. Zentrale Bedeutung kommt dabei wiederum den sogenannten Emerging Markets zu, den aufstrebenden Ländern in Asien, Lateinamerika und Osteuropa, die einen Zuwachs von 5,8 % erzielten. Die konjunkturelle Entwicklung in den USA, getragen durch die private Investitionstätigkeit sowie die Konsumnachfrage, zeigte sich erneut recht widerstandsfähig mit einem BIP-Anstieg von 3,5 %. Auch Japans Wirtschaft hat sich weiter stabilisiert und leistete mit einem Plus von 2,7 % einen guten Beitrag im globalen Kontext.

Der Euro-Raum weist bei den verschiedenen Wirtschaftsindikatoren ungleiche Entwicklungen auf. Länderspezifische Unterschiede zeigen sich insbesondere beim Export und beim privaten Verbrauch. Während Deutschland die Export-Statistik mit einem exorbitanten Handelsbilanzüberschuss von EUR 160 Mrd. anführt, nimmt es beim privaten Verbrauch mit einer Null-Runde die letzte Position ein. Die anhaltende Kaufzurückhaltung blieb weiterhin das Konjunkturproblem Nr. 1 in Deutschland. Sucht man nach Ursachen, so kann man etwa den sehr bescheidenen Anstieg der Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer von nur 0,4 % oder auch den Kaufkraftentzug von rund EUR 6,8 Mrd. infolge der Energiepreiserhöhungen anführen. Die Tatsache aber, dass die Sparquote in 2005 mit 10,6 % den höchsten Stand seit 10 Jahren erreichte, weist auf tiefer gehende Gründe für die Konsumabstinz, vor allem auf die bereits im Vorjahresbericht erwähnte Zukunftsangst des deutschen Bürgers hin. Positiv wirkten sich die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Anstieg von 4,0 % aus. Allerdings machte die schwache Baukonjunktur mit einem Minus von 3,4 % die verbesserte Investitionsbilanz der Unternehmen in der Gesamtrechnung wieder zunichte.

Die Inflationsrate kletterte mit 2,0 % gegenüber dem Vorjahr auf den höchsten Stand seit dem Jahr 2001, wofür hauptsächlich der starke Anstieg der Energiepreise verantwortlich war. Unter Ausklammerung der Energiekosten hätte die Preissteigerung nur 1,1 % betragen. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass es für einen Großteil der Bevölkerung im Jahr 2005 zu realen Einkommenseinbußen gekommen ist.

Die öffentlichen Haushalte konnten erwartungsgemäß auch in 2005 nicht die Maastrich-Kriterien, die das staatliche Budgetdefizit der Euro-Länder auf maximal 3 % begrenzen, einhalten. Diese Problematik steht natürlich in engem Zusammenhang mit den gewaltigen Sozialausgaben, diese wiederum bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Die schwache Binnenkonjunktur lieferte dem Arbeitsmarkt erneut keine positiven Impulse. Im Gegenteil erreichte die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2005 mit 11,7 % einen traurigen Rekord. Alle arbeitsmarktpolitischen und fiskalischen Maßnahmen, auch die so genannten Hartz-Gesetze haben zumindest bislang eine Wende am Arbeitsmarkt nicht herbeiführen können. Nachfolgende Angaben vermitteln einen Einblick in die Beschäftigungslage und -struktur Deutschlands:

Im Jahr 2005 waren durchschnittlich 38,7 Mio. Erwerbstätige an der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts beteiligt. Dies waren 121.000 bzw. 0,3 % weniger als im Jahr zuvor. Der Strukturwandel hat sich weiter fortgesetzt, denn während 1991 noch 59,5 % im Dienstleistungsbereich arbeiteten, hat sich dieser Anteil bis zum Jahr 2005 auf 71,9 % erhöht. Demgegenüber stehen im gleichen Zeitraum jeweils Rückgänge der Beschäftigungsquote in der Land- und Forstwirtschaft von 3,9 % auf 2,2 %, im produzierenden Gewerbe von 29,3 % auf 20,3 % sowie in der Bauwirtschaft von 7,3 % auf 5,5 %.

Ausblick: Wichtige Indikatoren deuten auf eine spürbare Konjunkturerholung im Jahr 2006 hin. Neben dem anhaltend boomenden Exportgeschäft und der wieder belebten Investitionstätigkeit in den Unternehmen steigen auch die Einzelhandelsumsätze und lassen eine Aufhellung der Konsumbereitschaft erwarten. Selbst im Baugewerbe zeigt sich eine gewisse Belebung, so dass wenigstens ein Ergebnis auf Vorjahresniveau möglich erscheint. Die Wachstumsprognosen für Deutschland wurden im Frühjahr 2006 von den führenden Experten auf 1,6 bis 1,8 %, teilweise sogar auf bis zu 2,2 % für das Gesamtjahr heraufgesetzt. Risikofaktor für die Konjunkturerholung in 2007 stellt die Umsatzsteuererhöhung um 3 % dar. Der Anstieg des BIP dürfte sich dann wieder deutlich abkühlen.

Der Euro

Der Wechselkursanstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar fand im Jahr 2005 zumindest ein vorläufiges Ende. Unter anderem durch die von der US-Notenbank eingeleiteten Zinssteigerungen konnte sich der Wechselkurs von \$ 1,36 Anfang 2005 bis auf unter \$ 1,20 im Jahresverlauf festigen und bewegte sich seitwärts auf diesem Niveau weit über den Jahreswechsel 2005/2006 hinaus. Im weiteren Verlauf wird dem US\$ in Relation zum Euro tendenziell wieder eine schwächere Kursentwicklung vorausgesagt (\$ 1,27 - 1,30 bis Ultimo 2006). Die Wechselkurse des Euro gegenüber anderen wichtigen Währungen, etwa der Länder Großbritannien, Japan und der Schweiz verzeichneten keine gewichtigen Schwankungen.

Mittelfristig bergen die Ungleichgewichte aus den wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen der Emerging Markets und den entsprechend hohen Defiziten der Industrieländer, in vorderster Reihe der USA, das Risiko von Währungsturbulenzen.

Rentenmärkte / Zinsentwicklung

Wie vorausgesagt, gab es an den Rentenmärkten im Euro-Raum und damit auch in Deutschland im Jahr 2005 noch keine nachhaltige Wende im niedrigen Zinsniveau. Die Rendite der deutschen Bundesanleihen mit 10 Jahren Laufzeit fiel vorübergehend sogar auf ein Rekordtief von knapp über 3 %, um das Jahr dann mit 3,30 % abzuschließen. Für den Anleger ergab sich über das Gesamtjahr in dem vorgenannten Segment erneut mit etwas über 6 % eine sehr zufrieden stellende Performance (Zinsertrag plus/minus Kursdifferenz).

Auch im Berichtsjahr spielte für die Großanleger der Markt mit festverzinslichen Wertpapieren und vergleichbaren Schuldtiteln die dominierende Rolle. Nationale und internationale Produkte, mit und ohne Währungsrisiko, mit einem breiten Ausstattungsspektrum (u. a. sogenannte strukturierte Papiere) wurden angeboten und gekauft. Dabei war stets eine höhere Renditechance gegen ein in der Regel höheres Risiko abzuwägen.

Ausblick: Leichte Zinssteigerungen haben nach dem Stand Frühjahr 2006 bereits eingesetzt. Die Inflationsrate im Euro-Raum wird nicht höher als bei 2 % gesehen, auch mittelfristig ist von keinem verschärften Preisauftrieb auszugehen. Insofern sollten die durch die Europäische Zentralbank bestimmten kurzfristigen Leitzinsen bis zum Jahresende 3 % bis 3,25 % nicht übersteigen, während die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen in Richtung 4 % gehen kann.

Aktienmärkte

Der deutsche Aktienindex DAX gehörte mit einem Plus von 27,1 % gegenüber dem Jahreschlussstand 2004 zu den großen Gewinnern des Börsenjahres 2005. Damit erreichte er den höchsten Stand seit 4 Jahren. Die im DAX vertretenen Unternehmen verzeichneten mit im Durchschnitt 35 % erneut einen stolzen Gewinnanstieg. Die daraus resultierenden attraktiven Unternehmensbewertungen, die hohen Dividendenausschüttungen sowie das weiterhin niedrige Zinsniveau ließen die Investoren verstärkt zu deutschen und europäischen Aktien greifen.

Dem gegenüber musste in der führenden Wirtschaftsmacht USA der Leitindex Dow Jones das erste Verlustjahr seit 2002 hinnehmen und büßte 0,6 % geg. dem Vorjahr ein. Es geschah etwas, was lange nicht denkbar gewesen ist. Die deutschen und auch europäischen Aktienbörsen koppelten sich von der US-Börse ab.

Erwähnenswert ist auch das „Comeback“ der japanischen Börse mit einem Plus von 40 %. Nachdem die Wirtschaft aus der jahrelangen Stagnation herausgefunden hat, strömten zunehmend internationale Anlagegelder nach Japan.

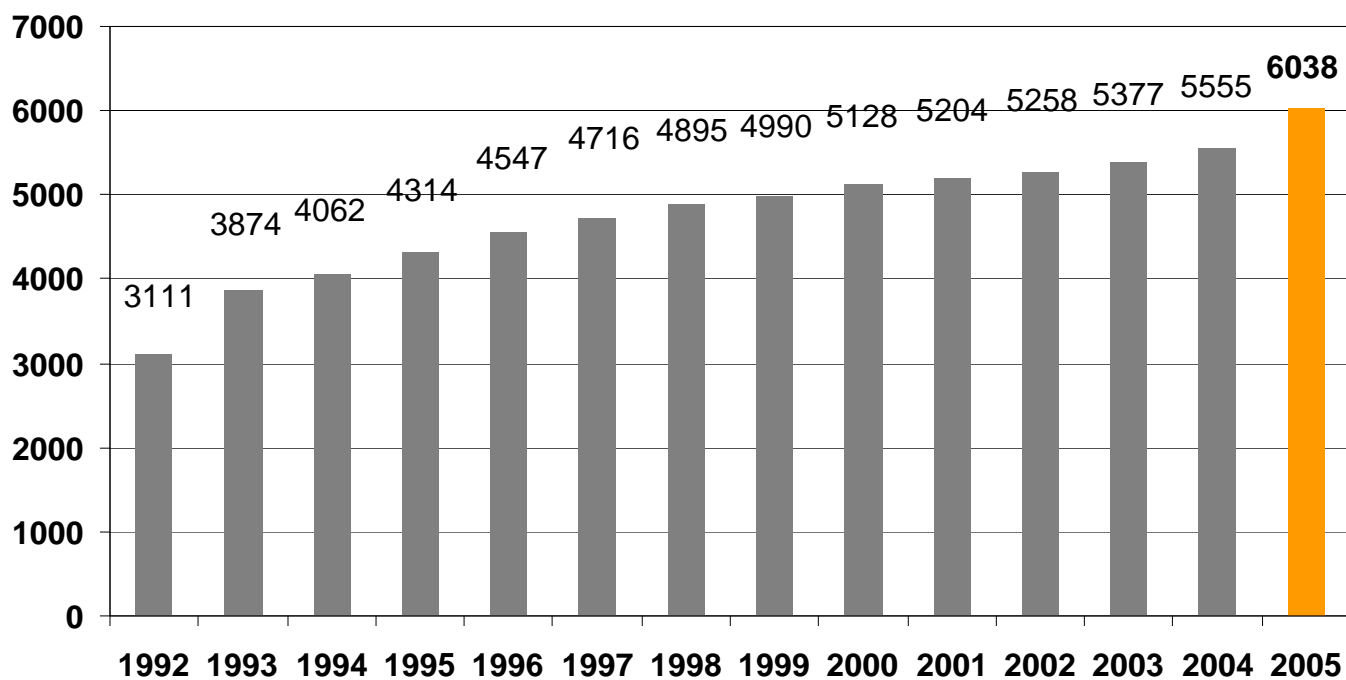
Auszug aus dem Geschäftsbericht 2005 (14. Geschäftsjahr)

Vorgetragen auf der Kammerversammlung am 10. September 2005 von Herrn Dr. R. Musikowski, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses.

Mitgliedschaft

Am 31.12.2005 waren insgesamt 6.038 Ärztinnen und Ärzte aktive Mitglieder der Ärzteversorgung Land Brandenburg.

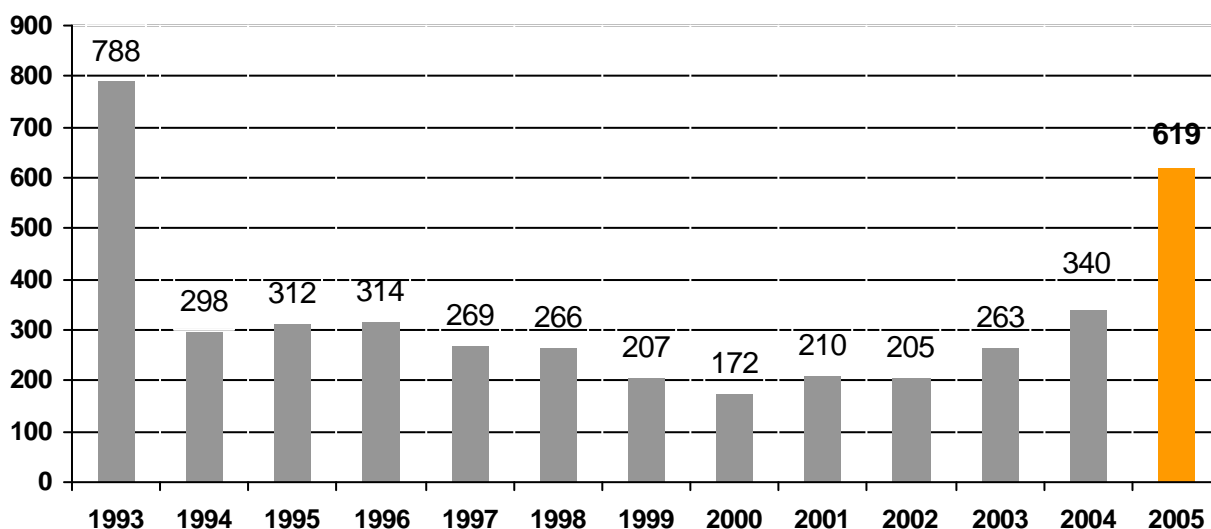
Mitgliederentwicklung 1992-2005



Neuzugänge 1993-2005

Dabei lag der Zugang von Neumitgliedern (290 Ärztinnen und 329 Ärzte) klar über den Zahlen des Vorjahres. Der geschäftsplanmäßige Ansatz konnte somit wiederum deutlich übertroffen werden.

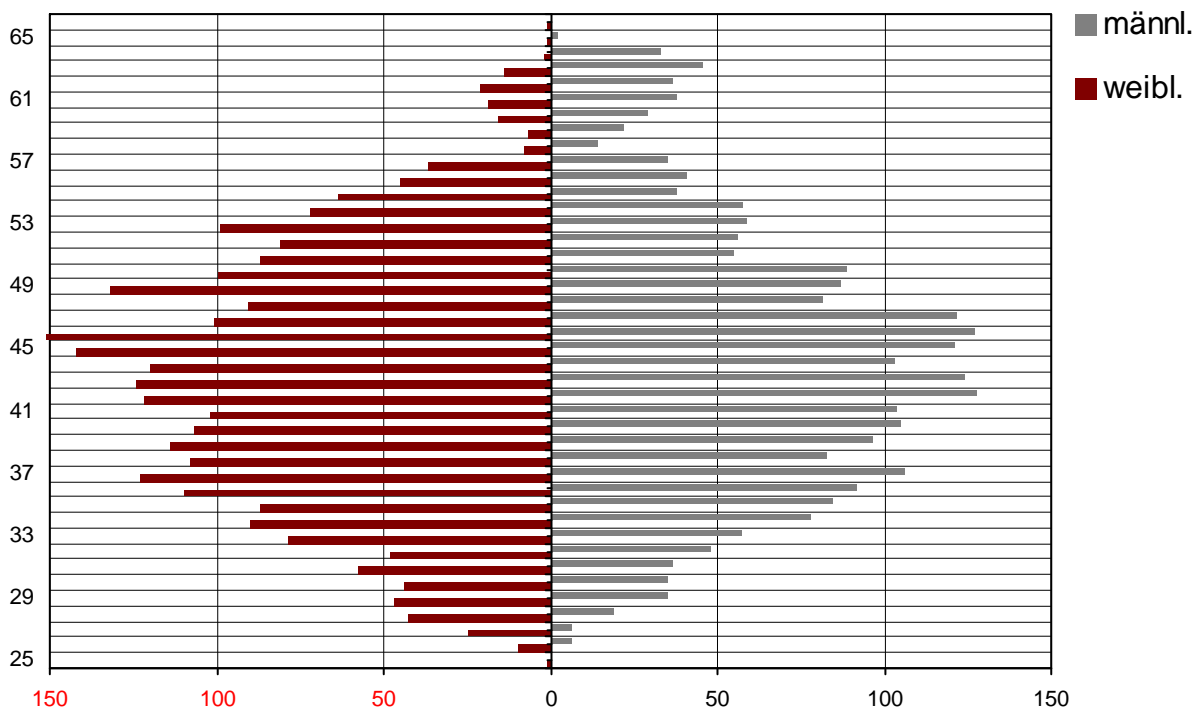
Anzahl Neuzugänge 1993 - 2005



Altersstruktur der Mitglieder

Die insgesamt günstige Alterszusammensetzung der Mitglieder hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert: Etwa 58,1 % der Mitglieder sind 45 Jahre alt oder jünger (2004: 58,9 %).

Altersstruktur der Mitglieder 2005



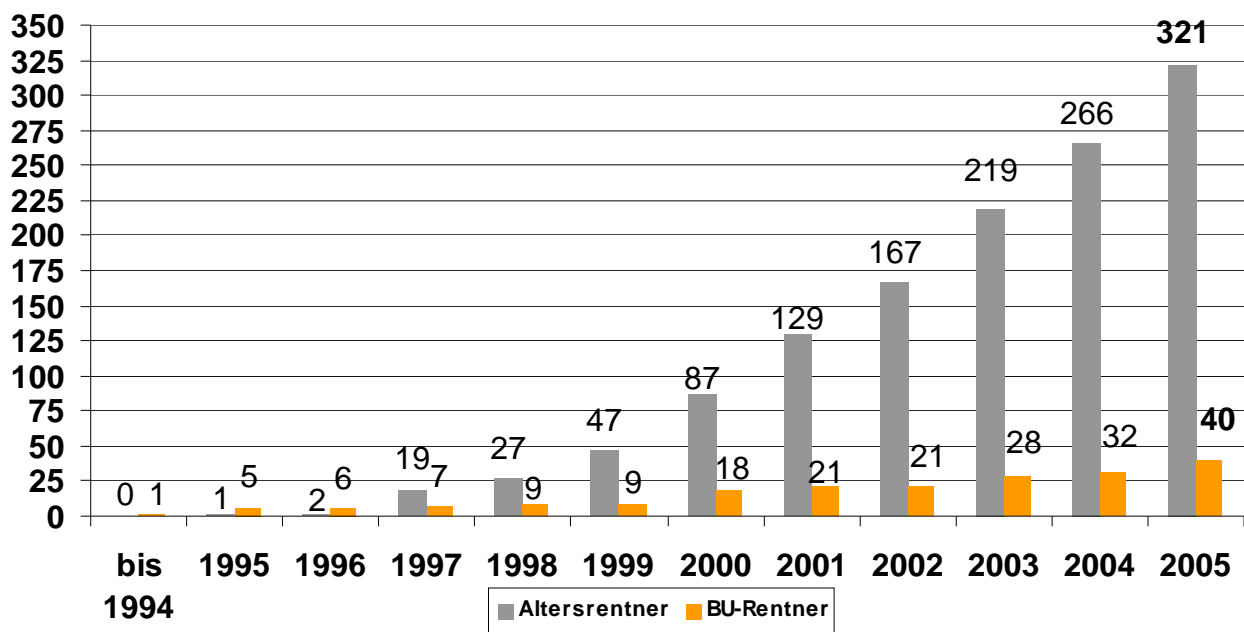
Berufsstatus

Die Zusammensetzung des Mitgliederbestandes nach dem Berufsstatus hat sich im Jahr 2005 nicht geändert.

Der Anteil der Mitglieder im Angestelltenverhältnis beträgt 56,3 % (2004: 54,3 %), 39,5 % der Mitglieder sind selbständig tätig (2004: 40,8 %), 3,3 % sind nicht ärztlich tätig (2004: 4 %); knapp 1 % der Mitglieder teilt sich auf verschiedene Gruppen auf, wie z. B. Wehr- oder Zivildienstleistende, kurzzeitig berufsfremd oder im Ausland Tätige u. s. w. (2004: 1 %).

Leistungsempfänger

Die Anzahl der Berufsunfähigkeitsrentner erhöhte sich um 10. Die Zahl der Altersrentner hingegen erhöhte sich erwartungsgemäß deutlich (64 Zugänge). Den Zugängen stehen 9 Abgänge durch Tod und 2 Abgänge durch BU-Reaktivierungen gegenüber.



Beitragsaufkommen

In Folge der leichten Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (Ost) von EUR 4.350,00 (2004) auf EUR 4.400,00 (2005) bei einem unveränderten Beitragssatz in Höhe von 19,5 % stieg die Normalabgabe auf EUR 858,00.

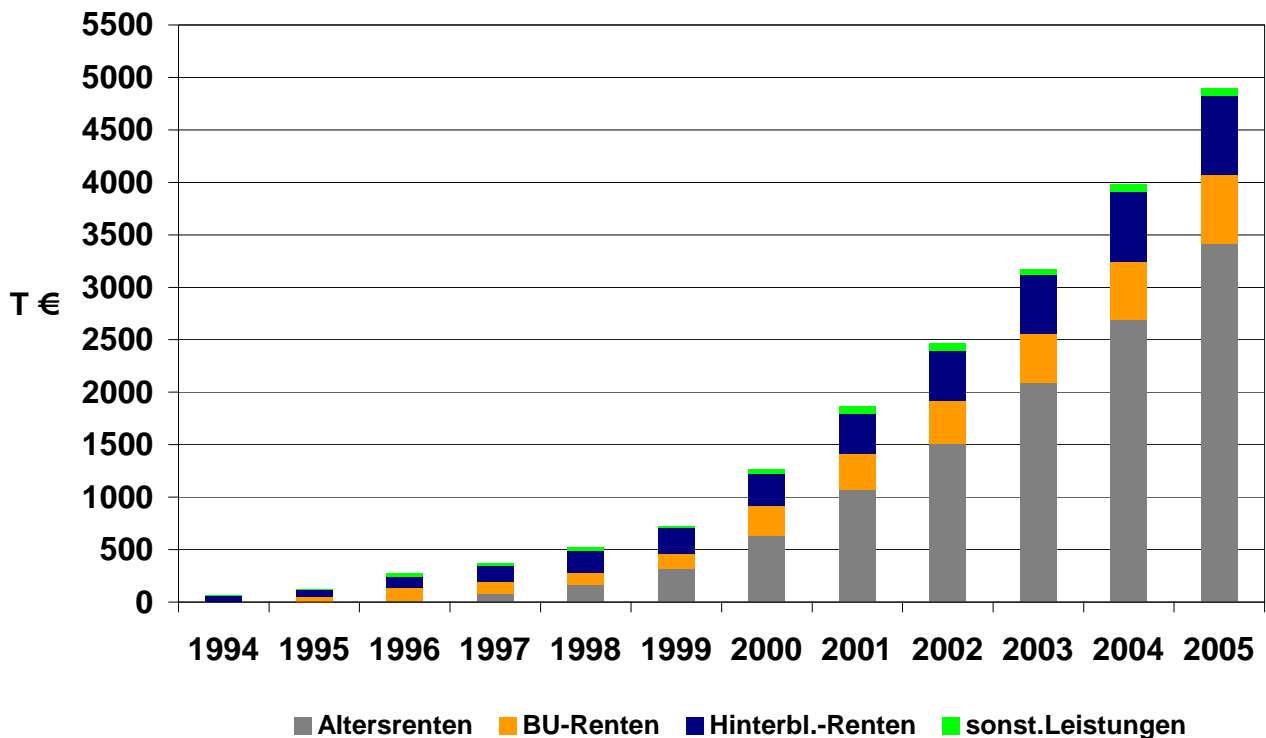
Die Beitragseinnahmen stiegen in 2005 um 5,62 % von EUR 49,8 Mio. auf **EUR 52,6 Mio.** Aus Überleitungen und Nachversicherungen flossen der Ärzteversorgung Land Brandenburg

EUR 1,8 Mio. (2004: EUR 3,8 Mio.) zu. Daraus ergeben sich insgesamt Beitragseinnahmen in Höhe von **EUR 54,5 Mio.** (2004: EUR 53,6 Mio.).

Leistungen

Für die satzungsgemäßen Versorgungsleistungen (Alters- und Berufsunfähigkeitsrenten, Hinterbliebenenrenten, Kinderzuschüsse und Versorgungsausgleich) brachte das Versorgungswerk 2005 insgesamt **EUR 4,91 Mio.** auf.

Entwicklung der Leistungsbeträge

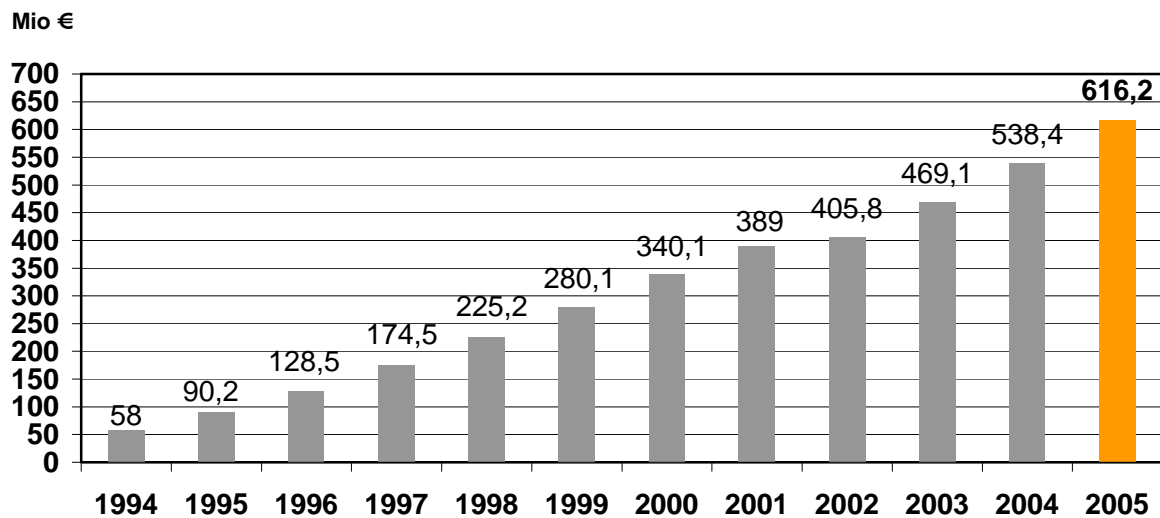


Die durchschnittlichen monatlichen Leistungen an Altersrentner betragen im Berichtsjahr **EUR 992,56**. Die Rente ergänzt bei allen Rentnern vorhandene Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Kapitalanlagen

Ausweislich der Bilanz der ÄVLB stieg das Kapitalanlagevermögen von EUR 538,4 Mio zum Ende des Vorjahres auf **EUR 616,2 Mio.** zum 31. Dezember 2005. Das bedeutet ein Wachstum des Deckungsstocks um 14,45 %.

Summe der Kapitalanlage

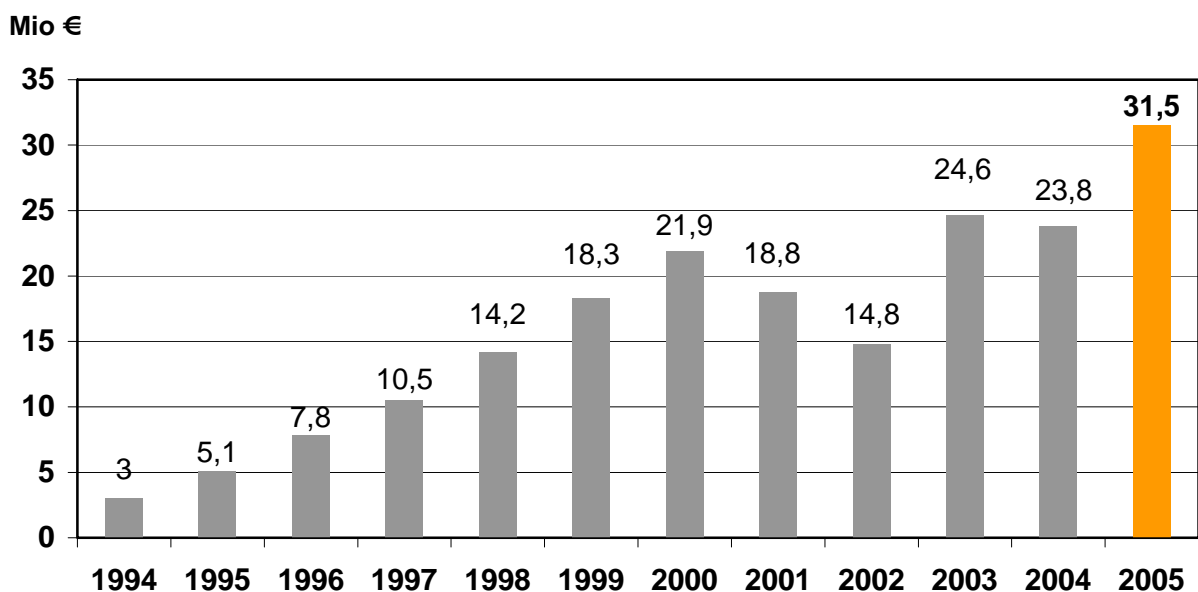


Kapitalerträge

Die Erträge der Kapitalanlagen betragen im Jahr 2005 EUR 28,9 Mio. (2004: EUR 22,6 Mio.) Hinzuzurechnen ist ein Gewinn aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von EUR 2,6 Mio., sodass die Kapitalerträge im Jahr 2005 insgesamt betragen:

EUR 31,5 Mio.

Kapitalerträge



Kapitalrendite

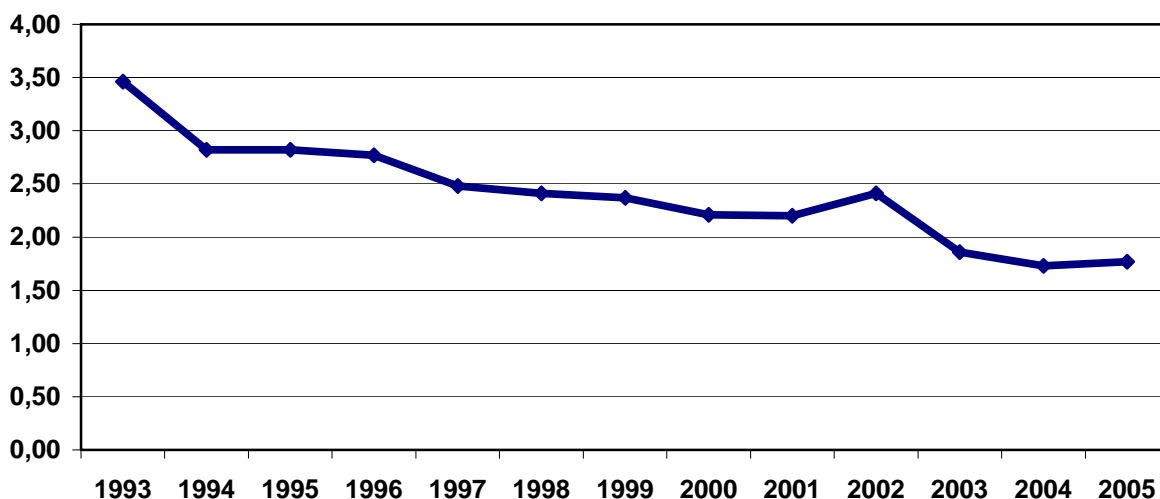
Die Kapitalrendite ergibt sich aus dem Verhältnis der Kapitalerträge zu dem Durchschnitt der Kapitalanlagen (Mittelwert am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres). Dabei werden für die Ermittlung der Brutto-Rendite die laufenden Kapitalerträge abzüglich der Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen berücksichtigt. Für die Ermittlung der Netto-Rendite werden hingegen alle Kapitalerträge abzüglich der Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von €739.089,- herangezogen. Folgende Werte ergeben sich für das Berichtsjahr:

Brutto-Kapitalrendite: 5,00 %.

Netto-Kapitalrendite: 5,32 %.

Verwaltungskosten

Betrag der Verwaltungskostensatz im Vorjahr 1,73 %, so stieg er im Berichtsjahr 2005 leicht auf 1,77 % der Beitragseinnahmen.



Zusammenfassung

Die Ärzteversorgung Land Brandenburg schließt mit dem Geschäftsjahr 2005 das vierzehnte Jahr ihres Bestehens ab.

Der Mitgliederbestand erhöhte sich auf 6.038 Ärztinnen und Ärzte. Mit dem Zugang von 619 Mitgliedern ist der im Geschäftsplan vorgesehene Mindestzugang an Neumitgliedern deutlich übertroffen.

Das Beitragsaufkommen erhöhte sich um rund 1,5 % auf 54,4 Millionen Euro im Berichtsjahr 2005.

Das Anlagevermögen der Ärzteversorgung Land Brandenburg wuchs auf 616,2 Millionen Euro. Das bedeutet ein Wachstum des Deckungsstocks um fast 14,5 %.

Seit dem Jahr 2001 verfolgt das Versorgungswerk eine Strategie der Begrenzung des so genannten Risikokapitals, bestehend aus Aktien, Beteiligungen und Fonds mit entsprechenden Inhalten. Neu- und Wiederanlagen wurden deswegen 2005 im Wesentlichen in strukturierte Anlagen investiert. Daneben wurden erhöhte Geldmarktpositionen gehalten.

Die Kapitalerträge betragen 31,5 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung der Aufwendungen für die Kapitalanlage in Höhe von 739.089 Euro ergibt sich für 2005 eine Netto-Kapitalrendite von 5,32 %.

Die Leistungen des Versorgungswerkes stiegen erwartungsgemäß an. Die im Verhältnis zum Kapitalertrag noch immer geringen Leistungsanforderungen gewährleisteten die weiterhin günstige Entwicklung des Versorgungswerkes. Der Verwaltungskostensatz betrug 1,77 %.

Die Ärzteversorgung Land Brandenburg darf ihr 14. Geschäftsjahr insgesamt als erfolgreich bewerten.

Die Kammerversammlung der Landesärztekammer Brandenburg beschloss am 2. September 2006 mit Wirkung ab dem 1. Januar 2007 eine

- **Erhöhung der Rentenbemessungsgrundlage um 0,8 % auf EUR 41.784 sowie die**
- **Anhebung der laufenden Renten um 0,8 %.**

Die Beschlüsse bedürfen noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

Die Ergebnisse der Wahlen zur 4. Legislaturperiode

– P. Hartmann, Geschäftsführer der ÄVLB –

Am 18. November 2006 fanden die Wahlen zum Aufsichtsausschuss und zum Verwaltungsausschuss der Ärzteversorgung Land Brandenburg in ihrer vierten Legislaturperiode durch die Kammerversammlung der Landesärztekammer Brandenburg statt.

Gewählt wurden (in alphabetischer Reihenfolge) für den

Aufsichtsausschuss:

Herr Dr. med. Stephan Alder, Potsdam

Herr Dr. med. Frank Berthold, Bad Saarow

Herr Dr. med. Ralph Schürer, Potsdam

Herr Dr. med. Volkmar Skerra, Potsdam

Herr Dr. med. Udo Wolter, Buskow

Frau Dr. med. Renate Schuster, Neuenhagen

Herr Dipl.-Med. Hubertus Kruse, Forst

Herr Dipl.-Med. Guido Salewski, Frankfurt/Oder

Herr Dr. med. Horst Müller, Brandenburg

Frau dr. (MU Szeged) Magdalena Walter-Stähler, Teltow

Verwaltungsausschuss:

Herr Dr. med. Jürgen Fischer, Treuenbrietzen

Herr Dr. med. Manfred Kalz, Neuruppin

Frau Dipl.-Med. Andrea Kruse, Forst

Frau Dr. med. Stephanie Lenke, Senftenberg

Herr Dr. med. Wolfgang Zahradka, Neuruppin

Sind die berufsständischen Versorgungswerke gefährdet?

– Dr. med. H. Müller, Mitglied des Aufsichtsausschusses –

In der gegenwärtigen heftigen Diskussion um die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist eine weitere Baustelle der sozialen Ordnung, die der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), vorübergehend etwas in den Hintergrund getreten. Jedoch wird die jetzige oder eine zukünftige Regierung an dieser Aufgabe nicht vorbei kommen.

Es ergibt sich die Frage, wie weit ein berufsständisches Versorgungswerk davon tangiert oder sogar gefährdet sein könnte.

In der Tat mögen einige eher in Wahlperioden denkende Politiker gern ein Auge auf die Vermögen der Versorgungswerke werfen. Die dort angesammelten Deckungsstöcke zur Sicherung der Altersversorgung, derzeit in Höhe von etwa 103 Milliarden Euro, könnten den Staat durchaus zumindest für eine gewisse Zeit entlasten. Eine solche Konfiskation ist jedoch undenkbar, denn diese Vermögen stehen unter dem Eigentumsschutz des Grundgesetzes, wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Papier, erst kürzlich vor der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungswerke (ABV) bestätigte.

Eine Verletzung ihres Eigentumsrechtes an den Anwartschaften und Renten berufsständischer Versorgungseinrichtungen könnten nach Aussage von Prof. Dr. Papier nur die Mitglieder selber, nicht aber die Kammern oder die Versorgungseinrichtungen im Wege einer Klage geltend machen. Insofern ist die Frage, ob die Nähe einer Versorgungseinrichtung zur jeweiligen Kammer die Mitglieder vor einem Zugriff des Staates stärker schützt, zu verneinen.

Es gibt eine beträchtliche Zahl von Versorgungswerken, die in keiner Beziehung zur jeweiligen Kammer stehen, darunter Berufsstände mit entsprechendem Sachverstand wie Anwälte und Steuerberater.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass der Landtag Nordrhein-Westfalens die Gründung eines eigenen Versorgungswerkes für die Abgeordneten beschlossen hat. Die Betreuung erfolgt durch ein - ärztliches Versorgungswerk! Man hat die Vorzüge einer kapitalgedeckten Altersvorsorge entdeckt und akzeptiert sie für sich gern.

Die Verfechter des derzeitigen Umlagesystems verweisen gern auf die Unsicherheiten am Kapitalmarkt, jedoch kann eine vorsichtige und risikobewusste Anlagepolitik mit breiter Streuung negative Entwicklungen durchaus abfedern.

Die Versorgungswerke, darunter auch die ÄVLB, haben es in der Vergangenheit bewiesen. Zwar lässt sich dabei ein vorübergehender Ausfall der Rentendynamisierung nicht immer vermeiden, aber in der Gesetzlichen Rentenversicherung ist das zum Dauerzustand geworden.

Schon bedeutungsvoller wäre die häufig geäußerte Absicht der Einbeziehung aller Einkommensbezieher in die GRV. Dies würde jedoch auch den umfangreichen Beamtenapparat

betreffen müssen, und man darf darauf vertrauen, dass angesichts der zahlreichen Beamten im Deutschen Bundestag eine solche Regelung nicht zustande kommen dürfte.

Zwar würden Selbständige und Freiberufler die Beitragsseite des Umlagesystems mit hohen Beiträgen stärken, jedoch sind damit auch hohe Rentenansprüche verbunden. Diese in die Zukunft verlagerten Ansprüche würden eine künftige aktive Generation noch mehr belasten, als sie es durch die demographische Entwicklung ohnehin schon sein wird.

Sehr viel bedrohlicher wäre eine Änderung des § 6,1 des SGB VI, des so genannten Befreiungsparagraphen, der auch angestellte Ärztinnen und Ärzte in die Pflichtmitgliedschaft der Versorgungswerke einbeziehen lässt. Der Fortfall dieser Gruppe aus dem Zugang wäre für ein ärztliches Versorgungswerk äußerst schädlich, denn jeder Arzt beginnt seine Berufslaufbahn als Angestellter und geht erst später, wenn überhaupt, in die Niederlassung. Versicherungsmathematisch kann man natürlich auch mit ausschließlich niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten ein Versorgungswerk betreiben, aber die Leistungen würden drastisch sinken müssen.

Bisher zu wenig beachtet ist eine Bedrohung der ärztlichen Selbstverwaltung noch von anderer Seite. Seit Jahren werden Zweifel laut, ob die z. T. beträchtlichen Vermögen bis in Milliardenhöhe von Nichtfachleuten wie Ärzten, Zahnärzten usw. überhaupt sachgerecht verwaltet werden können. Leider gab es in der Vergangenheit auch immer wieder Versorgungswerke, die diese Zweifel durch anlagetechnisches Fehlverhalten nährten.

Es wäre ein Leichtes, durch eine Änderung im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) die berufsständische Selbstbestimmung durch Einführung berufsfremder Personen in die gewählten Organe erheblich zu beschneiden. Letztendlich wäre es das Aus für die Selbstverwaltung und jedes Versorgungswerk ist gut beraten, für eine kontinuierliche Erhaltung des Sachverstands in den Wahlorganen Sorge zu tragen.